

„Wir wollen die Bedingungen für Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer verbessern“

BdB-Landesgruppe Saarland im Austausch mit Justizstaatssekretär Jens Diener

Saarbrücken, 13. Juli 2026 – „Betreuerinnen und Betreuer leisten einen unglaublich wichtigen Beitrag für unser Gemeinwesen. Sie werden durch das Gericht bestellt und kümmern sich um Menschen, die ihre rechtlichen Angelegenheiten nicht mehr selbst wahrnehmen können. Heute habe ich mich mit der Landesgruppe Saarland des Bundesverbands der Berufsbetreuer ausgetauscht. Gemeinsam haben wir überlegt, wie wir den Beruf der Berufsbetreuerin oder des Berufsbetreuers attraktiver gestalten können und wie wir die Bedingungen für diesen Beruf weiter verbessern können.“ So bilanzierte Dr. Jens Diener, Staatssekretär im Ministerium der Justiz des Saarlandes, das Gespräch mit dem neu gewählten Vorstand der BdB-Landesgruppe Saarland. Jens Diener war vor seiner Berufung zum Staatssekretär auch als Betreuungsrichter tätig.

Im Mittelpunkt des Austauschs standen die Zukunft der rechtlichen Betreuung, die Betreuervergütung, die Digitalisierung der Justiz sowie das Gewinnen von Nachwuchskräften.

Nachwuchs sichern und Vergütung weiterentwickeln

Die BdB-Landesgruppe machte auf die demografische Entwicklung im Berufsstand aufmerksam. Von aktuell 316 Berufsbetreuer*innen im Saarland sind rund 40 Prozent älter als 60 Jahre. In den kommenden Jahren werde deshalb eine große Zahl erfahrener Betreuer*innen aus dem Beruf ausscheiden. Um ausreichend Nachwuchs zu gewinnen, seien bessere Rahmenbedingungen unerlässlich: „Dazu gehört zwingend eine leistungs- und verantwortungsgerechte Vergütung“, sagte BdB-Landessprecher Ruben Henschke.

Die Gesprächspartner waren sich einig, dass das Saarland die anstehende Evaluation der Betreuervergütung aktiv begleiten sollte.

Vergütung und Digitalisierung

Ein weiteres Thema war die Auszahlung der Betreuervergütung. Insbesondere an größeren Gerichten kommt es teilweise noch zu längeren Bearbeitungszeiten. Staatssekretär Diener sagte zu, sich des Problems anzunehmen. Auch die Einführung einer Dauervergütung wurde erörtert. Derzeit fehlen dafür noch die technischen Voraussetzungen. Positiv bewerteten beide Seiten die Fortschritte bei der Digitalisierung. Die Einführung der E-Akte sowie die zunehmende Nutzung des elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs erleichtern die tägliche Arbeit und beschleunigen Verfahren. Gleichzeitig bestehe weiterer Handlungsbedarf, um digitale Abläufe flächendeckend zu verbessern.

Beruf bekannter machen

Intensiv diskutiert wurde auch die öffentliche Wahrnehmung der rechtlichen Betreuung. Häufig entsprächen die Erwartungen von Betroffenen und Angehörigen nicht den gesetzlichen Aufgaben von Berufsbetreuer*innen. Deshalb regte die Landesgruppe an, gemeinsam Informationsmaterial zu entwickeln, das Aufgaben, Rechte und Grenzen der rechtlichen Betreuung verständlich erklärt. Zudem begrüßte sie die geplante Durchführung eines

Betreuertages im Saarland sowie Überlegungen für eine gemeinsame Nachwuchskampagne. Bereits 2024 hatte ein Betreuertag im Saarland stattgefunden.

Dialog wird fortgesetzt

Zum Abschluss vereinbarten beide Seiten, den Austausch fortzusetzen. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Berufsstand sei eine wichtige Voraussetzung, um die rechtliche Betreuung im Saarland zukunftsfest aufzustellen.

Erste Schritte wurden vereinbart: Das Justizministerium will Maßnahmen prüfen und umsetzen, um den Beruf der rechtlichen Betreuung bekannter und attraktiver zu machen. Dazu gehören unter anderem ein verstärkter Dialog mit dem Berufsstand, die Unterstützung eines Betreuertages sowie weitere Initiativen zur Information und Nachwuchsgewinnung.

Das Ministerium der Justiz hat bereits eine erste Maßnahme ergriffen und auf seinen Social-Media-Kanälen in der Reihe „Was macht?“ einen Post zu rechtlicher Betreuung veröffentlicht.

Facebook:

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=122175749588895287&set=pcb.122175749636895287>

Instagram:

https://www.instagram.com/p/Dacol0mDMns/?utm_source=ig_web_copy_link&igsh=MzRIODBiNWFiZA==

Das Statement von Staatssekretär Jens Diener im Video:

<https://www.berufsbetreuung.de/der-bdb/aktuelles/hand-in-hand-mit-dem-saarlaendischen-justizministerium>

Mehr Informationen: www.berufsbetreuung.de | [LinkedIn](#)

Pressekontakt:

nic communication & consulting | Bettina Melzer

Tel.: 030 34 66 19 41 | mobil: 0163 – 575 1343 | bm@niccc.de | www.niccc.de

Angebot an Journalist*innen: Sie wollen einmal einen Berufsbetreuer oder eine Berufsbetreuerin in Ihrer Nähe begleiten? Sie brauchen ein Beispiel von Klient*innen, die von Berufsbetreuung profitieren? Möchten Sie eine Expertin oder einen Experten aus Ihrer Region sprechen? Oder benötigen Sie mehr Hintergrundinformationen?

Rufen Sie uns einfach an. Oder schreiben Sie uns. Wir helfen gern weiter!

Über den BdB:

Der Bundesverband der Berufsbetreuer*innen (BdB) ist mit 8.000 Mitgliedern die größte Interessenvertretung des Berufsstandes. Er ist die kollegiale Heimat seiner Mitglieder und macht Politik für ihre Interessen. Er stärkt seine Mitglieder darin, Menschen mit Betreuungsbedarf professionell zu unterstützen, ein Leben nach eigenen Wünschen und Vorstellungen zu führen – selbstbestimmt und geschützt.

Der BdB wurde 1994 gegründet – zwei Jahre, nachdem mit dem Betreuungsgesetz Konzepte

wie „Entmündigung“ und „Vormundschaft“ für Erwachsene abgelöst wurden. Bereits damals leitete ihn der Gedanke, Menschen mit Betreuungsbedarf in Deutschland professionell zu unterstützen, so dass sie ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können. Mit seiner fachlichen Expertise und viel Idealismus setzte sich der Verband bereits frühzeitig für mehr gesellschaftliche Teilhabe betreuter Personen ein, wie sie erst später gesetzlich verankert wurde.

Handeln und Entscheidungen der BdB-Mitglieder basieren auf demselben humanistischen Menschenbild, das auch der UN-Menschenrechtskonvention von 1948 und der UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 zugrunde liegt.